

Die Maschine ist kaputt

Rund 100 Zuhörer kamen zur „Anhörung der Politik“ in den Spitalhof

Mit einer Podiumsdiskussion wollte das Sozialforum Reutlingen am Donnerstag die Bürger ermächtigen, ihre Wahlentscheidung nicht nur „aus dem Bauch heraus“ zu treffen.

KATHARINA MAYER

Reutlingen. „So funktioniert Demokratie, dass man nicht nur konsumiert“, erklärte Moderator Paul Schlegl vom KEB-Bildungswerk eingangs. „Wir als Bürger sind nicht so oft aufgerufen in dieser Gesellschaft, in diesem Staat mitzumischen.“ Die Kandidaten aller im Bundestag vertretenen Parteien waren erschienen – mit Ausnahme von CDU-Mann Ernst-Reinhard Beck. „Gestern haben wir die Absage bekommen, wir sind enttäuscht“, sagte Schlegl.

Drei Impulsreferate bildeten die Grundlage, auf der die Kandidaten ihre Meinung und Lösungsansätze zu möglichen Wegen aus Krise, Arbeit, Bildung und Armut darlegen sollten. Die Architektur- und Finanztheoretikerin Silke Ötsch, Steuerexpertin von Attac, bezeichnete die Bankenregulierung als unzureichend: „Es reicht nicht, eine Schraube auszutauschen, wenn die ganze Maschine kaputt ist.“

Auch sei die Umverteilung über Steuern für die meisten Parteien ein

Tabu, was dazu führe, dass „die Nachfrageseite ausgeklammert wird.“ Der Druck der Finanz- auf die Realmärkte und die Gesellschaft bestehe noch immer. „Der Einbruch der Wirtschaft muss bezahlt werden und dazu kommen die laufenden Kosten für das Casino.“

Die daraus resultierende Frage an die Kandidaten, die in jeweils zwei Minuten Redezeit zu beantworten war, lautete folglich, welches Modell für Wirtschaftswachstum und die Bezahlung der Krise die Kandidaten befürworten. Grünen-Bundestagskandidatin Beate Müller-Gemmeke beantwortete die Frage auf Grundlage des „Green New Deals.“ Man wolle eine „Politik gegen Armut machen“ und eine Ökologisierung der Wirtschaft vorantreiben. Auch eine „zeitlich begrenzte Vermögensabgabe“ komme zur Finanzierung der Krise in Betracht.

Stefan Straub, Kandidat der Linken, verortete die Ursachen der Krise derweil in „der neoliberalen Politik der letzten Jahre“, die dazu geführt habe, dass „Gewinne nicht mehr in die Produktion, sondern in die Spekulation geflossen sind.“ Es könne aber nur umverteilt werden, was in der Produktion tatsächlich erwirtschaftet worden sei. An sich sei „Geld vorhanden“.

Pascal Kober, FDP, fand den Grundgedanken, die Banken und Finanzmärkte zu kontrollieren, richtig.

Man solle sich aber bei der miesen Bezahlung derer, die in der Bankenaufsicht arbeiten, „nicht wundern, wenn die Bankenaufsicht nicht funktioniere. Die Unternehmen verstärkt in die Pflicht zu nehmen, sei kein Weg.“ Im Moment können wir die Zitrone nicht weiter auspressen.“

SPD-Mann Sebastian Weigle stellte fest, dass es „keine Steuersenkungen geben“ wird. Die Verursacher der Krise wolle man „über Tobin“, also eine Besteuerung von Devisengeschäften, mit bezahlen lassen.“

Mindestlohn und Grundeinkommen

Weiter gings mit Verdi-Bezirksgeschäftsführer Martin Gross zum Thema Arbeit und Bildung. Bildung müsse an den Fähigkeiten der Menschen orientiert werden und nicht abhängig sein vom sozialen Stand, forderte der Gewerkschafter. „Wir brauchen einen Schutzschirm für Bildung und die Zukunft unserer Kinder.“ Die Rente mit 67 sei „eine Katastrophe.“ Angesichts der zunehmenden Härte in der Arbeitswelt „wissen die Menschen gar nicht mehr, wie sie den Druck aushalten sollen“, konstatierte Gross. Die Einführung eines Mindestlohns ist für ihn unerlässlich, Fazit: „So ein reiches Land muss für menschenwür-

dige Lebensbedingungen sorgen.“ Die Einführung eines Mindestlohns befürworteten mit Ausnahme von FDP-Mann Kober, der ein Mindesteinkommen befürwortete, alle Teilnehmer des Podiums. Beate Müller-Gemmeke forderte, dass Leiharbeiter/innen als Ausgleich für ihre unsichere Lebenssituation „etwas mehr bekommen“ sollten. Einen „Missbrauch von Leiharbeit“, beklagte Stefan Straub. Längst deckten die Unternehmen nicht mehr nur ihre Auftragsspitzen mit den Zeitarbeitern ab.

Über Armut referierte Alfons Eckmann vom Sozialforum. Vor allem drei Armutsrisiken gebe es in Deutschland: „Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und viele Kinder.“ Seine Frage an die Bundestagskandidaten lautete folgerichtig, welchen Schwerpunkt sie persönlich zur Bekämpfung der Kinderarmut setzen würden. „Eine Kindergrundsicherung“, forderte Müller-Gemmeke und: „Es gibt nur eine Lösung, ein Grundeinkommen, ein bedingungsloses.“ Kinderarmut sei „keine originäre Sache der Kinder“, stellte Stefan Straub fest. Mehr Investitionen in frühkindliche Bildung sah Pascal Kober als Lösung, da „Armut vielfach eine Folge mangelnder Bildung“ sei. Sebastian Weigle sieht dringenden „Handlungsbedarf“ und bezeichnete das kostenlose Schulleben als „Bundesaufgabe.“

Schuldloser Tagelohn 19.9.2009

Und wer zahlt jetzt die Zeche?

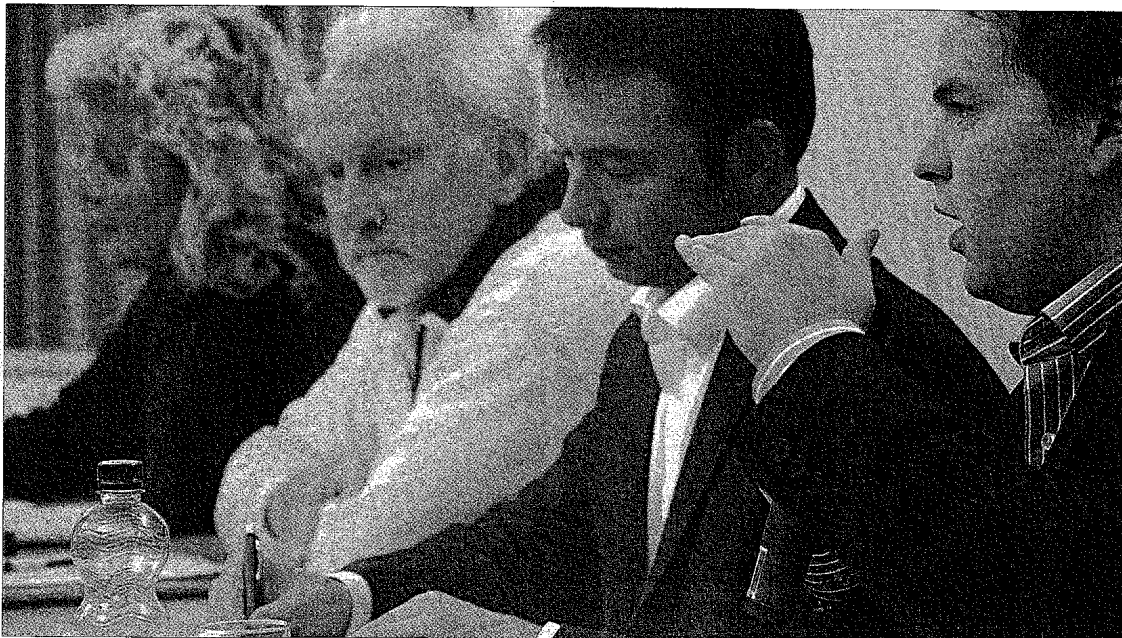
Bundestagswahlkampf: Podium von Sozialforum und Verdi im Spitalhofsaal

„Sich kundig zu machen ist ein Beitrag zur lebendigen Demokratie“, sagte Moderator Paul Schlegl am Donnerstagabend im Spitalhofsaal. Rund 80 Interessierte waren diesem Aufruf im Wahlkampf gefolgt.

NORBERT LEISTER

Reutlingen. „Im Finanzmarkt eine Schraube auszutauschen reicht nicht, wenn die ganze Maschine kaputt ist“, sagte Dr. Silke Ötsch von Attac in einem von drei „Impulsreferaten“. In einem gehaltvollen (aber viel zu langen) Beitrag schilderte die Finanztheoretikerin, wie die weltweite Wirtschaftskrise entstanden ist und fragte schlussendlich die Bundestagskandidaten: „Wer zahlt die Zeche?“ Drängende Themen wie die Finanzkrise, Ungleichheit und der Klimawandel würden schließlich nur noch wenig Zeit lassen, um zu reagieren.

Beate Müller-Gemmeke von den Grünen hat einen „Green New Deal“ in petto, sie will die Einkommenssteuer auf 45 Prozent erhöhen und „unten entlasten“. Stefan Straub von der Linken will eine „Umverteilung



Soziales und Wirtschaftsfragen beherrschten die Diskussion mit den Bundestagskandidaten im Spitalhofsaal (von rechts): Sebastian Weigle (SPD), Pascal Kober (FDP), Stefan Straub (Linke), Beate Müller-Gemmeke (Grüne). Ernst-Reinhard Beck (CDU) fehlte.
Foto: Norbert Leister



von oben nach unten" und Pascal Kober (FDP) meint: „Die Unternehmen haben selbst kein Geld, wir müssen also auch sie entlasten.“ Sebastian Weigle von der SPD befand, dass Steuersenkungen nicht möglich seien, er forderte, „die begonnene Regulierung der Bankenwelt muss weitergeführt werden“. Ernst-Reinhard Beck (CDU) sagte nichts zu allen Themen, weil er kurzfristig die Veranstaltung abgesagt hatte.

Zweiter „Impulsreferent“ war Martin Gross, Verdi-Chef im Bezirk Fils-Neckar-Alb. Sein vorrangiges

Thema: Armut trotz Arbeit. Was sagen die Parteien zum Mindestlohn, lautete seine erste Frage. Weigle, Straub und Müller-Gemmeke sagten Ja zu der Forderung der Gewerkschaft, Kober hingegen bekräftigte das Nein seiner Partei. Warum? „Die Zielrichtung ist nicht falsch, jeder Mensch muss von seiner Arbeit leben können“, sagte der Bundestagskandidat. Erreichen will die FDP das aber nicht über einen Mindestlohn, sondern über ein Bürgergeld-Modell, das jeder bedingungslos erhalten soll.

Dritter Referent, der das Thema Armut vertiefte, war Alfons Eckmann vom Sozialforum Reutlingen.

„In Deutschland ist jedes sechste Kind arm“, betonte er. Vor allem Alleinerziehende seien bedroht vom Leben unterhalb des Existenzminimums und zwar zu 40 Prozent. Wie

Armut an den Ursachen bekämpfen

sie Kinderarmut bekämpfen wollen, fragte er die Kandidaten. „Wir brauchen eine Grundsicherung für alle Kinder“, betonte Müller-Gemmeke. Ihre persönliche, nicht Partei-konforme, Meinung dazu: „Wir

brauchen auch ein bedingungsloses Grundeinkommen nach dem Götz-Werner-Modell.“

Stefan Straub forderte Arbeit als Grundrecht für jeden Menschen und die gesamte Bildung müsse kostenlos sein. „Dann hätten wir die Kinderarmut schon fast im Griff.“ Pascal Kober will „die Armut an den Ursachen bekämpfen“. Vielfach sei mangelnde Bildung der Grund für Arbeitslosigkeit, dieses Problem gelte es zu lösen und: „Jeder muss von seiner Arbeit leben können“, so Kober. Sebastian Weigle ging mehr ins Detail: „Wichtig wären schon mal warme Mahlzeiten in den Kindertagesstätten und den Schulen.“

Wie die Linke wolle auch die SPD „die direkte Förderung der Kinder und nicht die ungerechte steuerbegünstigte“.

Stefan Straub forderte zudem ein Grundrecht auf kostenlose Bildung und Beate Müller-Gemmeke ging noch einen Schritt weiter: „Aufgrund der großen Probleme von Haupt- und Sonderschülern brauchen wir auch ein Recht auf Ausbildung.“ An die Fragen der Impulsreferenten schloss sich eine Frageunde aus dem Publikum an. Wie mittlerweile schon fast üblich nutzten auch im Spitalhof manche „Fragesteller“ diese Gelegenheit, um selbst Referate zu halten.

Forum. RN 19.9.09 S.2